

# Spanien

## EG-Integration als Motor des Wirtschaftsaufschwungs

Januar 1990

- \* *Der politische Rahmen: Sozialpolitische Konfrontation, aber Kontinuität in der Wirtschaftspolitik*
- \* *Konjunktur 1989 und 1990: Fortsetzung des Aufschwungs*
- \* *Beunruhigende Entwicklungen bei den Preisen und im Außenhandel, aber Defizit der Leistungsbilanz durch Kapitalimporte gedeckt*
- \* *Doppelter Integrationsdruck: Eingliederung in die EG und Vorbereitung auf den Binnenmarkt 1993*

190-1835

### I. Das wesentliche auf einen Blick

Spanien rangiert heute an der fünften Stelle der westeuropäischen Wirtschaften. Noch steht das Land erst auf der Schwelle zur Industrienation, doch der Aufholprozeß gegenüber den ökonomisch weiter entwickelten Ländern ist unübersehbar. Seit Mitte der 80er Jahre befindet sich die spanische Wirtschaft wieder eindeutig auf der "Überholspur". Wie schon in der ausgeprägten Boomphase der Jahre 1961-75 wirkt auch jetzt die Integration in

die internationale Wirtschaft, insbesondere seit dem EG-Beitritt von 1986, stark stimulierend.

Das reale Bruttosozialprodukt wuchs 1989 um rund 4,5% und wird 1990 um weitere 4% zunehmen. Dabei geht von der außerordentlich dynamischen Investitionsentwicklung die stärkste Schubkraft aus. Auch Exporte und innerer Verbrauch erhöhen sich deutlich. Die Auswirkungen des konjunkturellen Aufschwungs auf den Arbeitsmarkt sind ebenfalls günstig. Kehrseite des Booms jedoch sind kräftige

Preissteigerungen und tieferrote Zahlen in der Leistungsbilanz.

Dennoch wird sich das lebhafteste Wirtschaftswachstum in den nächsten Jahren fortsetzen. Das Ergebnis der Parlamentswahlen vom Herbst 1989 verspricht nicht nur politische, sondern auch wirtschaftspolitische Kontinuität. Die Regierung ist bestrebt, die preislichen und außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zu verringern, ohne die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung mittelfristig zu gefährden.

Der Aufschwung wird durch die Integration in die EG und die Vorbereitungen auf den EG-Binnenmarkt erheblich gefördert. Trotz fortbestehender struktureller Schwachstellen im ökonomischen und metaökonomischen Bereich kann die wirtschaftliche Gesamtperspektive bis 1993 als "befriedigend bis gut" beurteilt werden.

## 2. Politische Kontinuität trotz sozialer Konfrontation

Die politisch-soziale Situation Spaniens ist seit dem Herbst 1988 durch die heftige Konfrontation zwischen der sozialistischen

Regierung und den beiden großen gewerkschaftlichen Dachverbänden des Landes, der sozialistischen Arbeiterunion (UGT) und den kommunistisch beeinflussten Arbeiterkommissionen (CCOO), bestimmt. Seit dem Generalstreik der Gewerkschaften gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung vom 14. Dezember 1988 steht dieser Konflikt im Zentrum auch der parteipolitischen Auseinandersetzungen und übte wesentlichen Einfluß auf Verlauf und Ergebnisse sowohl der Europawahlen vom 15. Juni als auch der Parlamentswahlen vom 29. Oktober 1989 aus.

Vor den Europawahlen, den "Testwahlen" für die anstehenden Parlamentswahlen, war befürchtet worden, die heftige sozialpolitische Auseinandersetzung werde sich in starke Verluste der regierenden Sozialistischen Partei (PSOE) umsetzen. Dies trat nicht ein: Die Sozialisten mußten nur leichte Stimmenverluste hinnehmen (sie verloren einen Sitz im Europaparlament), die großen landesweit vertretenen Oppositionsparteien dagegen - die konservative Partido Popular (PP) und die Mitte-Links-Partei CDS - verloren erheblich mehr Prozentpunkte. Insbesondere das CDS hatte den Wählern ein

Übermaß an Taktik zugemutet: Nachdem es sich im Konflikt zwischen Gewerkschaften und Regierung als links von der PSOE profiliert hatte, ging es auf lokaler Ebene Bündnisse mit der PP ein, die zum Sturz einiger populärer sozialistischer Bürgermeister führten. Gewinner der Europawahlen waren die von den Kommunisten dominierte Vereinigte Linke (IU) und eine Reihe regionaler Parteien.

Das überraschend gute Abschneiden der Regierungspartei, deren Ansehen beim Wähler offensichtlich nicht allzu sehr unter dem Konflikt mit den Gewerkschaften gelitten hatte, legte die Vorverlegung des Termins für die Parlamentswahlen nahe: Die Opposition hatte mit ihrer Niederlage einen Schock erlitten, der heftige Führungskrisen auslöste und zu einer langwierigen Neuformierung der Parteistrukturen zwang. Zudem sagte die Zentralbank für das Jahresende ein Anziehen der Inflation voraus - nicht gerade ein Aktivposten für die Regierung: Preissteigerungen um die Jahreswende hätten sich bei einem Wahltermin im Frühjahr 1990 negativ für die Regierungspartei ausgewirkt.

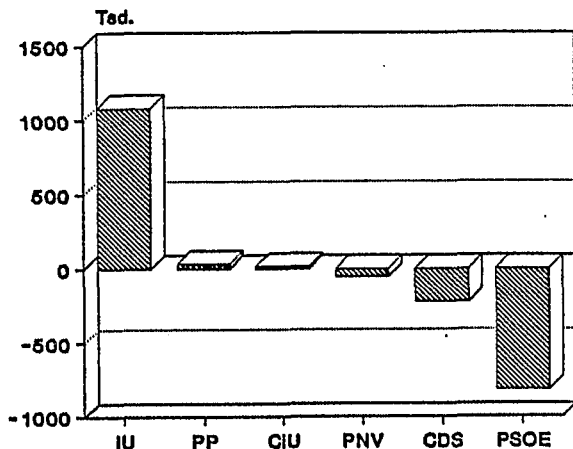
In den vom Frühjahr 1990 auf Ende Oktober 1989 vorverlegten Parlamentswahlen bestätigte sich der Kalkül der sozialistischen Wahltaktiker: Die Sozialisten gewannen immer noch 39.6% der Stimmen (allerdings gegenüber 44.6% in den Wahlen von 1986), was für 176 der 350 Parlamentssitze und damit für die absolute Mehrheit ausreichte. Die PP konnte von den Verlusten des PSOE kaum profitieren: Sie erreichte 25.8% der Stimmen und gewann nur einen Parlamentssitz hinzu. Verlierer war wieder das CDS, das 5 von 19 Parlamentssitzen verlor. Und Gewinner war, wie im Juni, die IU, die die Zahl ihrer Sitze von 7 auf 17 erhöhte. Mit 9.1% der Stimmen näherte sich die Vereinigte Linke wieder der Position an, die die Kommunistische Partei vor ihrem Niedergang seit Ende der 70er Jahre eingenommen hatte.

Die Wahlen wurden später angefochten. In zwei Regionen wurden Neuwahlen ausgeschrieben, was der PSOE vorübergehend die absolute Mehrheit im Parlament kostete. Regierungserklärung und Kabinettsbildung am 4. und 7. Dezember waren daher nur provisorischer Natur. Aber angesichts der Zersplitterung der Opposition in 12 Parteien ist das Man-

dat der Sozialisten für eine weitere Legislaturperiode nicht gefährdet. Zudem kann die PSOE im Parlament fallweise auf die Unterstützung einiger nordspanischer Regionalparteien zurückgreifen.

Die einst gefürchtete Konkurrenzpartei der politischen Mitte, das CDS des ehemaligen Ministerpräsident Adolfo Suárez, ist aus den letzten Wahlen geschwächt hervorgegangen; möglicherweise wird sich das CDS in Zukunft der PSOE anzunähern und eine Rolle als Mehrheitsbeschaffer zu spielen versuchen.

### Gewinne und Verluste in den Parlamentswahlen vom 29.10.1989



Die konservative Partei hat die relative Schwächung der PSOE wie des CDS bislang nicht für sich kapitalisieren können; aber sie konnte einen symbolischen Erfolg vorweisen: Ihr (wenn auch geringfügiger) Stimmengewinn signalisiert das Über-

schreiten der bislang als gegeben angenommenen Obergrenze ("techo") von 25% der Wählerstimmen. Dies könnte im Zusammenhang damit stehen, daß die PP personell aus der Tradition des Franquismus herauszutreten begann: Erstmals war sie nicht mit dem Alt-Politiker und franquistischen Ex-Minister Manuel Fraga Iribarne als Spitzenkandidat angetreten, sondern mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten der Region Castilla-León, José Mario Aznar, dem gute Zukunftschancen eingeräumt werden.

Politische Stabilität und wirtschaftspolitische Kontinuität dürften, was die politisch-parlamentarischen Verhältnisse angeht, bis 1993 gesichert sein. Die Konfrontation der Regierung mit den beiden größten Gewerkschaftsverbänden dagegen - beide Dachverbände repräsentieren zusammen etwa 80% der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer Spaniens - setzt sich fort. Obwohl die Dramatik der Konfrontation etwas nachgelassen hat, wird sie noch für längere Zeit die größte innenpolitische Herausforderung für die Regierung, insbesondere ihre Wirtschaftspolitik bleiben.

Die Gewerkschaften fordern eine grundlegende wirt-

-----

schaftspolitische Kurskorrektur; die von der Regierung vertretene stabilitätspolitisch motivierte Dämpfung des kräftigen Wirtschaftswachstums lehnen sie strikt ab. Stattdessen verlangen sie energische Maßnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze vor allem für Jugendliche, Steuersenkungen für Einkommensschwache, die Verbesserung des Gesundheitswesens und des sozialen Wohnungsbaus, die Erhöhung der Sozialhilfe und die Erweiterung der gewerkschaftlichen Rechte.

Ohne ihren bisherigen wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs grundsätzlich aufzugeben, wird sich die Regierung zu gewissen Konzessionen bereitfinden müssen. Die Aktionseinheit, die die traditionell den Sozialisten nahestehende UGT seit dem Generalstreik vom Dezember 1988 mit den CCOO geschlossen hat, hat ein Jahr überdauert und die Grundlage für die Formulierung eines gemeinsamen "Gewerkschaftlichen Schwerpunktprogramms" abgegeben, das im September 1989 offiziell aus der Taufe gehoben wurde (das 20-Punkte-Programm der Gewerkschaften wurde im Wahlkampf vor allem von der IU und dem CDS unterstützt, kaum dagegen von den Sozialisten). Die

früher heftige Rivalität beider Gewerkschaftsverbände trat nun hinter den Gemeinsamkeiten zurück.

Langfristig allerdings stehen beide Verbände in der Gefahr, daß sich ihre Basis schwächt. Ursachen sind das Schrumpfen der alten Industrien und die Herausbildung einer breiteren Mittelschicht. Unter dieser Voraussetzung kann, wie sich seit einem Jahr zeigt, eine starke Regierung den Gewerkschaften durchaus Paroli bieten.

Dies gilt umso mehr, als sich innerhalb der UGT selbst eine möglicherweise existenzbedrohende Zerreißprobe ankündigt. Viele Mitglieder und ein erheblicher Teil der Gewerkschaftsführung sind nicht bereit, den Konfrontationskurs gegen die Regierung und die Aktionseinheit mit den Arbeiterkommissionen mitzutragen. Kompliziert wird die Lösung dieses organisationsinternen Konflikts auch dadurch, daß die Konfrontation mit der Regierung zu einem erheblichen Teil von persönlichen Animositäten begleitet ist: So ist die einst herzliche Zuneigung des Gewerkschaftsvorsitzenden Nicolás Redondo zu seinem ehemaligen politischen Zögling Felipe González in heftige Span-

nungen umgeschlagen. Eine Spaltung des Verbandes, den dann teilweise die CCOO beerben würden, liegt im Bereich des Möglichen.

In ihrem Streit mit der Regierung haben die Gewerkschaften Ende 1989 ein gewisses Einlenken signalisiert. Sie erklärten sich zur Aufnahme von Gesprächen bereit, die in einen von den Arbeitgebern seit Monaten und von der Regierung seit Jahren geforderten "Sozialpakt" zwischen Regierung und Sozialpartnern münden sollen. Die Gewerkschaften wollen allerdings keine Dreiergespräche, sondern mit Regierung und Arbeitgeberverbänden getrennt verhandeln; so spricht insbesondere die UGT von der Rückkehr zur Tarifautonomie, die über Jahre hinaus von der Regierung zugunsten der "Sozialpakete" blockiert worden sei.

Sollten sich die Gewerkschaften durchsetzen, wäre dies eine Abkehr von den korporativen Strukturen, die sich in den letzten 12 Jahren, begründet u.a. mit den spezifischen Bedingungen des politischen Übergangs, herausgebildet hatten - und damit auch Stück Annäherung an nord- und zentraleuropäische Verhältnisse. Die realen Bedingungen legen in der Tat eine

Suspendierung der Drei-Parteien-Verhandlungen nahe: Heute werden 80% aller Kollektivverträge zwischen den Sozialpartnern geschlossen; 11% betreffen den öffentlichen Sektor, und nur 9% müssen von allen drei Beteiligten abgeschlossen werden.

### 3. Wirtschaftspolitik: Fortsetzung des orthodoxen Kurses

Auch in ihrer dritten Amtsperiode will die Regierung eine orthodoxe Wirtschaftspolitik betreiben, um die Arbeitslosigkeit abzubauen und den Lebensstandard dem nord- und zentraleuropäischen Niveau anzunähern. Im einzelnen sollen die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessert, die Inflation bekämpft, das Defizit im Staatshaushalt verringert und die Spartätigkeit gefördert werden, um auf dieser Basis den wirtschaftlichen Aufschwung auch langfristig zu sichern. Mit Blick auf den raschen Preisanstieg und das hohe und wachsende Defizit der Handelsbilanz hält die Regierung für 1990 eine Dämpfung der wirtschaftlichen Expansion auf eine Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts um 4% herum für geboten. Obwohl sie den Ge-

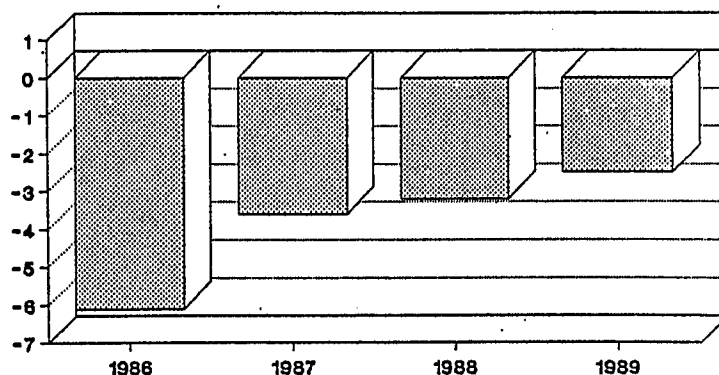
werkschaften gegenüber einige Konzessionen machen dürfte, wird es wohl bei der bisherigen stabilisierungs- und konsolidierungsorientierten Grundlinie bleiben. Dabei wird jedoch teilweise widersprüchlich verfahren.

So dürfte die Finanzpolitik auch weiterhin eine Mixtur aus nachfrageanregenden und -dämpfenden Komponenten sein. Maßnahmen zur Abschöpfung von Kaufkraft und eine sparsame öffentliche Haushaltsführung werden durch Aufstockungen des staatlichen Verbrauchs auf verschiedenen Ebenen, vor allem aber durch die kontinuierliche Ausweitung der staatlichen Investitionen konterkariert. So sind mehrjährige Programme zur - allerdings überfälligen - Verbesserung der Infrastruktur (u.a. Straßenbau, Bahn, Post, Telekommunikation) angelaufen, und die Vorbereitungen auf die Olympischen Spiele in Barcelona und die Weltausstellung in Sevilla (beide finden 1992 statt) werden intensiviert.

Dank der konjunkturbedingt reichlich fließenden Steuereinnahmen konnte das Defizit im Staatshaushalt 1989 auf rund 2,5% des Bruttosozialprodukts verringert werden; 1992 soll

das Budget ausgeglichen abschließen. Einnahmen und Ausgaben des Staates steigen allerdings rasch. Die Steuer- und Abgabenlast nimmt laufend zu und dürfte 1989 etwa 39% des BSP betragen - 1970 waren es erst 22,5% und 1980 gut 30% gewesen. Damit nähert sich die Staatsquote in Spanien dem Durchschnitt der westeuropäischen Industrieländer (1989: ca. 45%).

Finanzierungssaldo des Staates  
In % des BIP



Die Geldpolitik trägt weiterhin die Hauptlast der Inflationsbekämpfung. Sie bleibt vermutlich restriktiv ausgerichtet, zumal die Geldmenge 1989 stärker als vorgesehen gestiegen ist. Die hohen Zinsen werden kurzfristig nicht sinken; mit der geldpolitischen Restriktion soll die Expansion der Nachfrage gebremst und übertariflichen Lohnzugeständnissen der Unter-

nehmen gegengesteuert werden. Eine monetäre Lockerung ist allenfalls im späteren Verlauf des Jahres 1990 wahrscheinlich.

Die Währungspolitik unterstützt die Geldpolitik. Der überraschende Beitritt Spaniens zum Interventionsmechanismus des Europäischen Währungssystems (EWS) im Juni 1989 soll zweierlei bewirken. Erstens wurde die stabilitätspolitische Entschlossenheit der Regierung unterstrichen. Und zweitens stehen nun erhebliche Devisenkredite der EWS-Partner für den Fall zur Verfügung, daß die Peseta im Zuge einer weiteren Passivierung der Leistungsbilanz an den Devisenbörsen unter Druck geraten sollte. Grundsätzlich ist die Regierung an einer starken Peseta interessiert, um den Preisauftrieb zu dämpfen und im Ausland das Vertrauen in Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung zu festigen.

Die Einkommenspolitik ist in den Augen der Regierung ein wichtiger Schlüssel zur Bremsung des Lohnanstiegs und damit zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Angelpunkt bleibt das Zustandekommen einer "konzertierten Aktion", die die Regierung seit langem fordert, und

die bei den Unternehmern und kleineren Gewerkschaften auf Zustimmung stößt; ob die von den beiden großen Gewerkschaftsverbänden signalisierte Bereitschaft zu entsprechenden Gesprächen auch zu einem Ergebnis führen wird, läßt sich derzeit noch nicht sagen (s.o).

Die Ordnungspolitik tendiert weiter in Richtung auf mehr Liberalisierung, Wettbewerb, Privatisierung und Deregulierung. Viele entsprechende Korrekturen werden freilich von der fortschreitenden Integration in die EG und den Vorbereitungen auf den europäischen Binnenmarkt erzwungen. Gleichwohl wird es noch längere Zeit dauern, bis die vielfältigen Verkrustungen und staatlichen Dirigismen auf ein mittlereuropäisches Maß abgebaut sein werden.

#### 4. Konjunkturentwicklung 1989 und 1990: Spanien auf der Überholspur

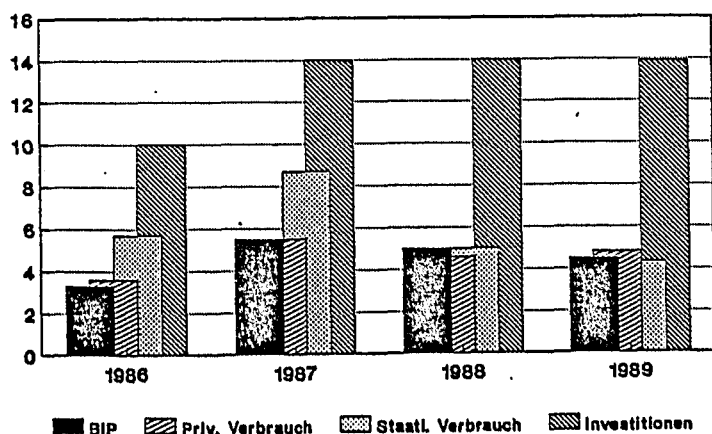
Das Wirtschaftswachstum lag 1989 im vierten aufeinanderfolgenden Jahr erheblich über dem westeuropäischen Durchschnitt. Nach den ökonomisch schwierigen 70er und frühen 80er Jahren kam die dynamische Wachstumsentwicklung Spaniens für



die meisten Beobachter überraschend. Es war offensichtlich vergessen worden, daß Spanien in den Jahren 1961-1975 einen außerordentlich kräftigen Aufschwung erlebt hatte: Im Durchschnitt war das BSP während dieses Zeitraumes preisbereinigt um 6,7% p.a. gewachsen: Die höchste Rate aller Industrieländer, mit Ausnahme Japans! Die Entwicklung der 60er und 70er Jahre wie der Aufschwung der jüngsten Zeit unterstreichen das bemerkenswerte Potential der spanischen Wirtschaft.

jeweils um 14%). Grundlage des Investitionsbooms war trotz der hohen Zinsen die gute unternehmerische Ertragslage, das weiter wachsende Engagement ausländischer Investoren und die Ausweitung der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen. Auch wirkten die mit etwa 83% hohe Auslastung der Produktionskapazitäten, der ausgeprägte Modernisierungsbedarf und die von den Unternehmen günstig beurteilten Absatzaussichten stimulierend.

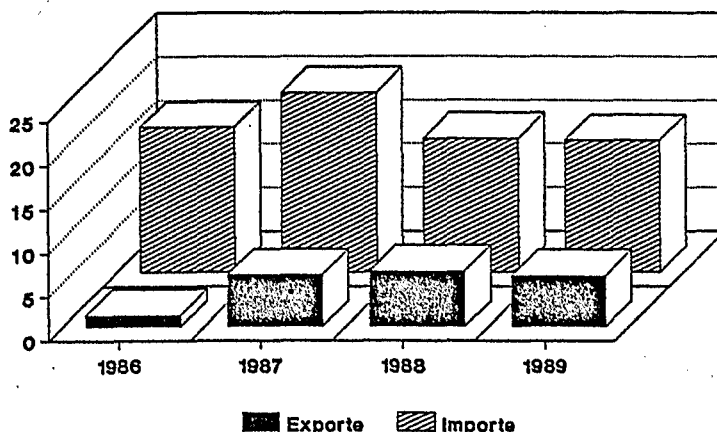
Komponenten der Nachfrage  
Jährl. Zuwachsraten in %



Privater und öffentlicher Verbrauch stiegen real um jeweils etwa 4,5%. Beim privaten Konsum gingen von der weiter zunehmenden Beschäftigung, den infolge übertariflicher Zulagen steigenden Reallöhnen und der erheblichen Verschuldungsbereitschaft der Verbraucher die entscheidenden Impulse aus.

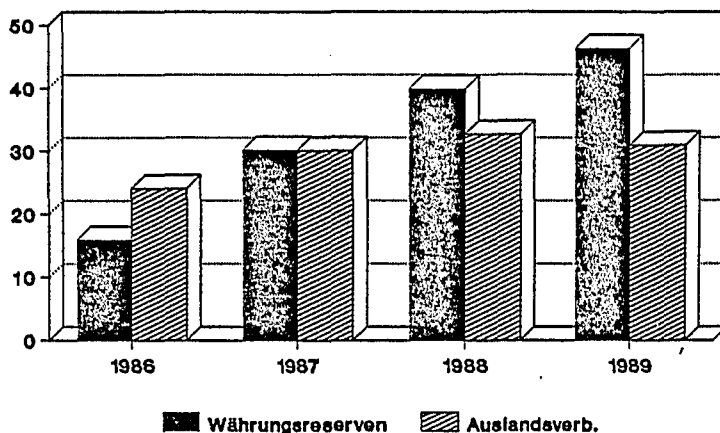
1989 setzte sich der Aufschwung der Vorjahre in nur wenig verlangsamtem Tempo fort, wobei es verschiedentlich zu Überhitzungserrscheinungen kam. Das reale BSP wuchs um ca. 4,5%. Am dynamischsten entwickelten sich die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen (Zunahme

Exporte und Importe  
Jährl. Zuwachsraten in %



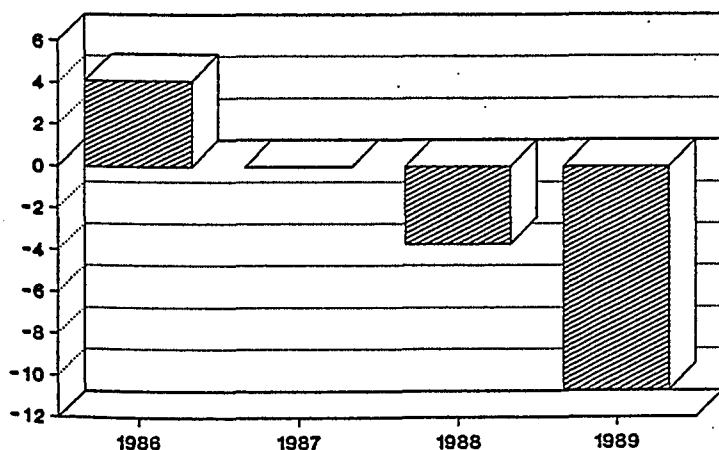
Auch der Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland nahm stark zu. Da sich das Einfuhrvolumen im Sog der kräftigen Inlandsnachfrage um ungefähr 15% erhöhte, die Ausfuhr von Gütern und Diensten real jedoch nur um etwa 6% stieg, nahm auch das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht zu. Das Defizit der Leistungsbilanz dürfte auf ca. 11 Mrd. \$ emporgeschwungen sein (1988 hatte es erst 3,7 Mrd. \$ betragen). Hierbei spielte auch eine Rolle, daß die bis 1988 schnell expandierenden Einnahmen aus dem Tourismus stagnierten. Die Zahlungsbilanz schloß gleichwohl mit einem Überschuß, da die Salden der Investitions- und Geld-Kapitalbilanzen hoch aktiv blieben. Die Netto-Währungsreserven erreichten im August 1989 mit 46,3 Mrd. \$ einen Höchststand.

Währungsreserven und Auslandsverbindlichkeiten (in Mrd. US\$)

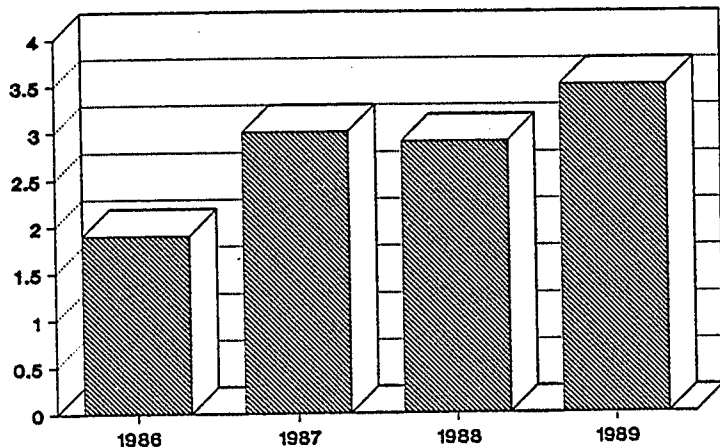


Im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs besserte sich auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahl der Beschäftigten stieg um etwa 400.000, und die Arbeitslosenquote sank um zwei Prozentpunkte auf 17,5%, wobei die Jugendarbeitslosigkeit jedoch mit etwa 33% besonders ausgeprägt blieb. Die Arbeitslosenquote ist allerdings statistisch nach oben verzerrt (nach Angaben der Regierung um vier Prozentpunkte): Viele der als arbeitslos Registrierten finden in der blühenden Schattenwirtschaft Beschäftigung.

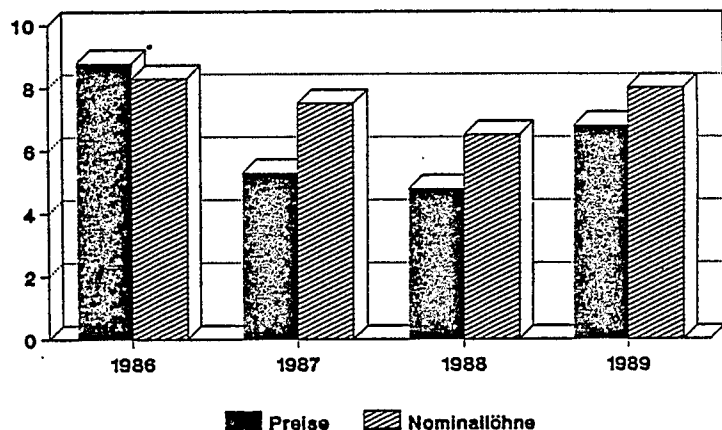
Saldo der Leistungsbilanz  
In Mrd. US-Dollar



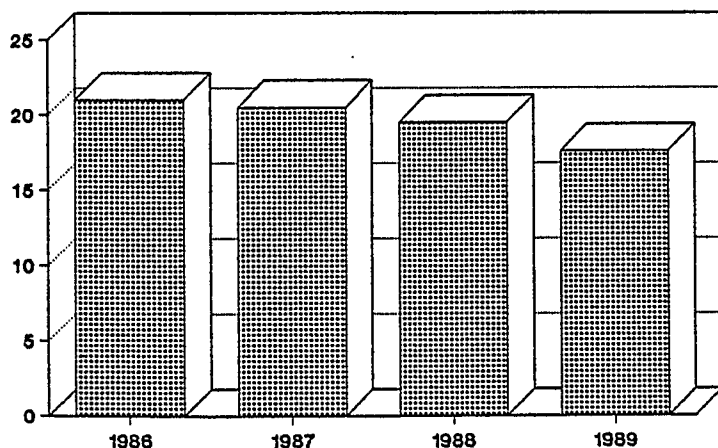
**Beschäftigung**  
Jährliche Zunahme in %



**Nominallöhne u. Konsumentenpreise**  
Jährliche Zuwachsraten in %



**Arbeitslosenquote**  
in % der erwerbsfähigen Bevölkerung



Die Preisentwicklung verlief ungünstiger als erwartet. Bedingt u.a. durch gestiegene Importpreise sind die Lebenshaltungskosten im Jahresdurchschnitt um etwa 7% gestiegen.

Im Laufe des Jahres 1990 wird sich das Wirtschaftswachstum langsam abschwächen, aber immer noch lebhaft bleiben: Die Spannungen auf dem Preissektor und im außenwirtschaftlichen Bereich dagegen könnten zunehmen. Die Zuwachsraten des realen Bruttosozialprodukts dürfte annähernd 4% betragen und damit wieder über dem westeuropäischen Durchschnitt liegen. Träger der Expansion bleiben Inlandsnachfrage und Export. Die Investitionstätigkeit ist wiederum die dynamischste Stütze der Konjunktur. Mit knapp 10% wird das Volumen der Bruttoanlageinvestitionen wieder sehr stark steigen. Die Zuwachsraten der Bauinvestitionen dürfte etwas über, die der Ausrüstungsinvestitionen etwas unter diesem Durchschnittswert liegen. Im Bausektor werden die nun

voll laufenden Infrastrukturprogramme der öffentlichen Hand zum Tragen kommen. Der Zuwachs bei den Käufen von Maschinen, Anlagen und Transportmitteln etc. wird hingegen durch die verteuerte Kreditfinanzierung gedämpft werden. Die Direktinvestitionen ausländischer Kapitaleigner werden zumindest das Rekordniveau von 1989 (ungefähr 1.200 Mrd. Pesetas) erreichen und damit erneut einen wichtigen Beitrag zur Investitionskonjunktur und zur Deckung des Leistungsbilanzdefizits erbringen. Da mit den Auslandsinvestitionen in der Regel auch modernes Know-how, neue Technologien und internationale Absatzwege eingebracht werden, ist die qualitative Bedeutung des ausländischen Kapitalengagements noch höher anzusetzen als die quantitative.

Privater und öffentlicher Verbrauch erhöhen sich vermutlich in einer Größenordnung um jeweils 3,5% - eine leichte Abschwächung gegenüber 1989. Die öffentliche Hand allerdings wird ihre Konsumausgaben etwas stärker als geplant ausweiten müssen, da die zu erwartenden Konzessionen an die gewerkschaftlichen Forderungen nicht allein durch Umschichtungen innerhalb des Budgets gedeckt werden

können. Die verlangsamte Zunahme des privaten Verbrauchs resultiert vor allem aus der rückläufigen Verschuldungsbereitschaft der Haushalte: Die hohen Zinsen wirken zunehmend als konjunkturelle Bremse.

Die Diskrepanz zwischen dem Zuwachs der Ein- und Ausfuhren wird sich leicht verringern. Der verhaltenere Anstieg der Inlandsnachfrage wird auch zu einer Dämpfung des Importanstiegs führen. Da die Wirtschaft in den meisten westeuropäischen Industrieländern auch 1990 noch recht zügig wachsen wird und auf spanischer Seite die Strukturverbesserungen und die ausgeprägte Investitionstätigkeit der vergangenen Jahre in den ausfuhrorientierten Wirtschaftszweigen zunehmend Früchte tragen, wird man den Export von Gütern und Diensten preisbereinigt zumindest im Umfang von 1989 ausweiten können. Gleichwohl erhöht sich der Fehlbetrag der Leistungsbilanz weiter und dürfte eine Größenordnung von 15 Mrd. \$ erreichen.

Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage nochmals. Allerdings werden die Zunahme der Beschäftigung und der Abbau der Arbeitslosigkeit schwächer sein als in den beiden Vorjah-

ren. Die Arbeitslosenquote wird im Jahresdurchschnitt auf ca. 16,5% sinken; 1985, auf dem Höhepunkt der Beschäftigungskrise, waren es noch 21,5 % gewesen. Die Jugendarbeitslosigkeit, die 1985 noch bei 47% gelegen hatte, dürfte auf etwa 30% im Jahresmittel zurückgehen. Verschiedentlich hemmt auch in Spanien der Mangel an qualifizierten Kräften die Ausweitung und die qualitative Verbesserung der Produktion.

Die für den raschen Preis-  
auftrieb verantwortlichen  
binnenwirtschaftlichen  
Überhitzungserscheinungen  
klingen nur allmählich ab.  
Die Konsumentenpreise dürften  
daher im Jahresdurchschnitt  
um ca. 6,5% steigen, obwohl  
sich der Aufwärtstrend der  
Einfuhrpreise deutlich verlang-  
samen wird.

#### 6. Mittelfristige Projektionen 1989-92: Spanien bleibt Spitzenreiter

Die Frage nach der mittelfristig zu erwartenden Wirtschaftsentwicklung wird heute häufiger und drängender gestellt als früher. Für Spanien wurde kürzlich vom Club Hermes (in dieser Institution erarbeiteten Prognostiker aus den zwölf EG-Ländern aufeinander abge-

stimmte und konsistente Länder-Projektionen, wobei die EG als Schalt- und Koordinationszentrale wirkt) eine derartige Vorausschau vorgelegt. Gemäß der Hermes-Projektion bleibt Spanien beim Wirtschaftswachstum auch auf mittlere Sicht europäischer Spitzenreiter. So wurde die durchschnittliche jährliche Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts für 1989-92 auf 5,2% angesetzt (EG: rund 3%). Angenommen wird ferner, daß auch die Inflationsrate deutlich über dem EG-Durchschnitt liegt und die Leistungsbilanz weiterhin passiv bleibt.

Hinsichtlich seiner grundlegenden Trendaussagen liegt der Club Hermes zweifellos richtig. Aber unter Berücksichtigung der Ergebnisse von 1989 halten seine Vorausschätzungen einer kritischen Prüfung im einzelnen nicht immer stand. So dürfte die durchschnittliche Expansionsrate des realen BIP um mindestens einen Prozentpunkt zu hoch angesetzt sein. Der Zuwachs von privatem und öffentlichem Verbrauch liegt vermutlich eher bei 3,5 als bei den projizierten 4%. Für den Anstieg des Investitionsvolumens werden im Schnitt 8,1% angesetzt. Dieser Satz ist eher zu niedrig: Die Dynamik der

Investitionen 1989 bzw. die sich für 1990 jetzt abzeichnende Entwicklung ist weit unterschätzt worden. Für 1991-92 erscheint die unterstellte Zuwachsrate von etwa 7% realistisch. Für den Export von Gütern und Diensten wurde eine mittelfristige Expansion um preisbereinigte 7,9% p.a. errechnet. Dieser Ansatz ist vermutlich zu optimistisch, selbst wenn man die positiven Auswirkungen des strukturellen Wandels in Spanien - einschließlich der ausländischen Investitionen - auf das Exportpotential hoch veranschlagt. Die durchschnittliche Zunahme der Einfuhr wurde demgegenüber mit 6,7% p.a. eher zu niedrig angesetzt, schon deshalb, weil der Club Hermes den Importsog der Jahre 1989/90 erheblich unterschätzt hat. Unterschätzt wurde aber mit hoher Wahrscheinlichkeit auch der mittelfristige Anstieg der Konsumentenpreise. Statt der projizierten 4,1% p.a. wird man wohl eher mit einer Rate um 5,5% rechnen müssen. Der Club Hermes erwartet 1989/92 eine Erhöhung der nominalen Löhne und Gehälter um reichlich 7% p.a. im Schnitt. Diese Annahme ist nicht unrealistisch, die Unterstellung eines jährlichen Reallohnanstiegs um ca. 3% dagegen

dürfte zu hoch gegriffen sein.

Für den Arbeitsmarkt wird eine weitere Besserung vorausgesagt. Die projizierte Ausweitung der Beschäftigung um 1,7% p.a. dürfte indes die Untergrenze des Erreichbaren markieren. Demgegenüber werden die Möglichkeiten für die Entwicklung der Arbeitsproduktivität vermutlich etwas zu rosig gesehen: Ein Anstieg um 3,4% p.a. ist gerade im Hinblick auf die allmähliche Verkürzung der Arbeitszeiten recht optimistisch (im EG-Durchschnitt wird von 2% p.a. ausgegangen).

Schwer nachzuvollziehen ist auch die Annahme eines in der Größenordnung von 4,5% des Bruttoinlandsprodukts verharrenden Finanzierungsdefizits der öffentlichen Hand. Tatsächlich wird das Passivum im Mittel erheblich niedriger liegen, selbst wenn die Regierung ihr Ziel, das Defizit bis 1992 ganz abzubauen, nicht erreichen sollte. Unrealistisch ist auch die Annahme eines von 7,4% (1989) kontinuierlich auf 9,7% des Bruttoinlandsprodukts (1992) steigenden Passivums der Leistungsbilanz. Eine derartige Entwicklung würde selbst bei sehr günstiger Einschätzung der spanischen Entwicklungsperspektiven

weder von ausländischen Kapitalgebern, noch von der Regierung toleriert werden.

#### 7. Vorbereitungen auf den EG-Binnenmarkt 1993: Doppelter Integrationsdruck

Spanien gehört erst seit Anfang 1986 zur EG. Der Integrationsprozeß in die Gemeinschaft ist noch nicht abgeschlossen, wird aber schon überlappt von den Vorbereitungen auf den EG-Binnenmarkt. Dieser doppelte Integrationsdruck, verbunden mit der Position Spaniens als Land auf der Schwelle zur modernen Industrialisation, hat zur Folge, daß das Land noch sehr viel weiterreichende Anpassungsleistungen erbringen muß als seine europäischen Partner.

Der Integrationsprozeß nimmt folglich für Regierung, Öffentlichkeit und teilweise auch Unternehmen einen vergleichsweise hohen Stellenwert ein. Allerdings herrscht noch weithin Unklarheit über die im Einzelfall möglichen Konsequenzen der Integration. Mit Blick auf 1993 ist die Ausgangslage Spaniens zwar nicht völlig unproblematisch, insgesamt aber auch nicht ungünstig.

Ökonomisch ist der Start in die EG gelungen. Die Integration wird durch den kräftigen spanischen Konjunkturaufschwung und das erhebliche, bis zuletzt gewachsene Engagement ausländischer Investoren stark gefördert. Die Basis beider Entwicklungen wurde mit dem gesamtwirtschaftlichen Sanierungs- und Stabilisierungskurs der Jahre 1982/85 und seiner ausgeprägt angebotspolitischen Komponente gelegt.

Was die grundlegenden wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven angeht, gibt es Licht- und Schattenseiten. Positiv sind zu vermerken

\* der große heimische Markt. 1988 wurde bei einer Einwohnerzahl von 39 Millionen eine Bruttoinlandsprodukt von 340 Mrd. \$ erarbeitet;

\* die Erfolge des gesamtwirtschaftlichen Sanierungskurses 1982/85 und die Wahrscheinlichkeit einer Fortsetzung der seither verfolgten Wirtschaftspolitik, besonders was die angebotspolitische und die deregulierende Komponente anbelangt;

\* die weitere Verbesserung der Infrastruktur;

-----

- \* das sehr starke Engagement ausländischer Investoren;

- \* die inzwischen fest etablierte und stabile parlamentarische Demokratie;

- \* ein großes Reservoir an Arbeitskräften, das bei entsprechender Ausbildung und Anleitung produktiv und diszipliniert arbeitet;

- \* die mit derzeit etwas 43% des Bruttosozialprodukt im westeuropäischen Vergleich eher niedrige öffentliche Verschuldung;

- \* die relativ engen Kontakte zu den lateinamerikanischen Ländern. Die Möglichkeiten einer Brückenfunktion zwischen diesen und der EG sollten aber nicht überschätzt werden. Für eine entscheidende Funktion ist die spanische Wirtschaftskraft zu schwach;

- \* die Fortschritte bei der regionalen Dezentralisierung des Landes. Im Vergleich zum bis Mitte der siebziger Jahre ausgeprägten und strikt praktizierten Zentralismus bietet die Dezentralisierung bessere Voraussetzungen für eine effiziente Nutzung der regionalen und lokalen Ressourcen;

- \* das Heranwachsen einer Generation modern ausgebildeter, tatkräftiger und international orientierter Manager und einer zunehmend breiter werdenden Schicht gut ausgebildeter Facharbeiter;

- \* eine leistungsfähige Landwirtschaft;

- \* die Teilnahme am Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems (EWS).

Belastend wirken demgegenüber

- \* die geographische Lage am südwestlichen Rande Europas;

- \* die Militanz und wenig kooperative Haltung der beiden großen Gewerkschaftsverbände;

- \* die Stellung des Landes auf der Schwelle zur Industrialisation, die gegenüber den meisten westeuropäischen Ländern einen relevanten Entwicklungsrückstand bedeutet;

- \* die ungünstige Unternehmensstruktur. Einer schier erdrückenden Überzahl von Klein- und Kleinstunternehmen stehen eine - im Vergleich etwa zur Bundesrepublik oder der Schweiz - geringe Zahl von mittleren



Firmen und nur wenige Großunternehmen gegenüber. Die internationale Orientierung auch letzterer ist nicht ausreichend. Im nationalen Rahmen erfüllen sie zwar die Funktion von "Flaggschiffen"; bei der Erschließung von Auslandsmärkten können sie mittleren und kleinen Unternehmen kaum eine Hilfe sein; vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen werden immer noch nach traditionellem Muster patriarchalisch geführt. Die Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Entwicklungen ist nicht zuletzt dadurch begrenzt, daß die Unternehmen ganz überwiegend für den lokalen oder regionalen, selten für den nationalen und kaum für den internationalen Markt produzieren. Allerdings bildet sich mit dem Wechsel der Generationen auch in Spanien eine effizienter wirtschaftende, aufgeschlossener und verstärkt in internationalen Zusammenhängen denkende und handelnde Unternehmerschaft heraus.

\* (hiermit im Zusammenhang) die verhältnismäßig geringe Internationalisierung der Wirtschaft. Der Anteil des Exports (Güter und Dienstleistungen) liegt bei erst 22% des Bruttosozialprodukts, der der Einfuhr bei ca. 25%. Beide Anteile neh-

men jedoch kontinuierlich zu. Während aber Unternehmen aus anderen Ländern lebhaft in Spanien investieren, nehmen Spanier im Ausland nur in bescheidenem Umfang Investitionen vor;

\* die modernen Erfordernisse nur unzureichend entsprechende Infrastruktur. Das gilt für Bahn, Post und Fernmeldewesen ebenso wie für die Staatsverwaltung und alle öffentlichen Einrichtungen (Erziehungswesen, Justiz, etc.). Allerdings läuft seit kurzem ein umfangreiches Programm zum Ausbau des Verkehrswesens und der Telekommunikation;

\* das überwiegend unzulängliche Ausbildungsniveau. Ein der dualen Ausbildung in der Bundesrepublik entsprechendes System existiert nicht. Es dominiert das "training on the job". Es fehlt ganz allgemein an Konzeptionen für eine bessere Mobilisierung der Humanressourcen;

\* der strukturelle Kapitalmangel;

\* der auch nur in Ansätzen kaum entwickelte Umweltschutz;

\* die im Vergleich zu anderen westeuropäischen Industrieländern niedrigen Aufwendungen für Forschung und

-----

Entwicklung in der Höhe von nur 0,7% des Bruttosozialprodukts (der westeuropäische Durchschnitt liegt bei gut 2 %);

\* die noch überwiegend mediterranen Geschäftsgepflogenheiten;

\* die großen regionalen Unterschiede hinsichtlich des wirtschaftlichen Potentials. Gut entwickelten Regionen (Katalonien, Aragon, der Großraum Madrid, das Baskenland) stehen Regionen mit hohem Nachholbedarf gegenüber (Andalusien, Extremadura);

\* das Fehlen einer grenzüberschreitenden merkantil-industriellen Tradition. Lediglich das Baskenland, Katalonien und die übrige spanische Levante bilden hier Ausnahmen.

Die im Vergleich zu den anderen westeuropäischen Industrieländern ausgeprägten Nachteile Spaniens sind überwiegend struktureller Natur und daher nur langfristig zu beheben. Die Regierung ist hierbei jedoch auf dem richtigen Weg - einem Weg, der auch unabhängig von der Binnenmarktvollendung 1993 hätte eingeschlagen werden müssen.

Die von Wirtschaft und Regierung getroffenen Maßnah-

men sind denn auch kaum in Schritte der seit 1986 laufenden EG-Integration auf der einen und Vorbereitungen auf die Binnenmarktvollendung 1993 auf der anderen Seite auseinanderzudividieren. Bezüglich der Erfolge ergibt sich ein gespaltenes Bild: Vielfach traten sie rasch ein - etwa bei der Modernisierung des Automobilsektors, der Werften und der Stahlindustrie. Oft benötigt der strukturelle Wandel aber noch erheblich stärkeren Nachdruck und viel Zeit - etwa im High-Tech-Bereich, beim Ausbau der Forschungseinrichtungen und im öffentlichen Sektor.

Der Zentralstaat unterstützt die Vorbereitung des Landes auf den EG-Binnenmarkt überwiegend durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Hierzu zählen die stabilisierungs- und konsolidierungsorientierte Wirtschaftspolitik ebenso wie Maßnahmen zur Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung. Häufig genug jedoch sorgen erst Maßgaben der EG für den nötigen Nachdruck. Der Zentralstaat leistet aber auch - und das ist bei dem unter dem EG-Durchschnitt liegenden Entwicklungsstand nur natürlich - in erheblichem Maße direkte Strukturhil-

fen. Dies geschieht überwiegend im Rahmen der Vier-Jahres-Pläne sowie der Sektor- und Branchenpläne. Ziele sind Umstrukturierung, Modernisierung, Rationalisierung und Konzentration. In diesen Prozeß sind auch die im öffentlichen Besitz befindlichen Unternehmen, namentlich die große Industrieholding INI (Instituto Nacional de Industria) intensiv einbezogen. Infolge der noch unzureichenden internationalen Wettbewerbsfähigkeit, Internationalisierung und unternehmerischen Leistungsfähigkeit sowie der oftmals dominierenden regionalen und lokalen Bedeutung staatlicher Unternehmen - nicht zuletzt auch im Hinblick auf den noch lange von hoher Unterbeschäftigung geprägten Arbeitsmarkt - ist mittelfristig zwar mit stetigen, aber langsamen Fortschritten in Richtung auf eine von öffentlicher Unterstützung freiere Wirtschaft zu rechnen.

Die Regionalregierungen bemühen sich - teilweise mit guten Resultaten - um eine stärker auf die regionalen Gegebenheiten abgestimmte Wirtschaftsentwicklung. Wesentlicher Teil ihrer Vorbereitungen auf den EG-Binnenmarkt ist die Ansiedlung von Tochtergesellschaften

ausländischer Unternehmen, wobei der Rahmen angesichts der beschränkten finanziellen Möglichkeiten der Regionen allerdings eher eng gesteckt ist.

Auch die Großunternehmen - ob in spanischem oder ausländischem Besitz - bereiten sich im Rahmen ihrer global orientierten Konzernstrategie auf den EG-Binnenmarkt vor. Dies gilt für die Großbanken und die Unternehmen des INI ebenso wie für SEAT, die spanische Tochtergesellschaft der Volkswagen AG. Unternehmens-Zusammenschlüsse sind jetzt häufiger zu beobachten; sie verfolgen das Ziel, "europäische" Unternehmensgrößen zu erreichen. Vielfach kommt es zu einseitigen oder gegenseitigen Kapitalbeteiligungen, oft unter Hereinnahme ausländischen Kapitals.

Die mittleren Unternehmen haben in Richtung EG 1993 erst wenig Initiative erkennen lassen. Es fehlt in der Regel am nötigen Problembewußtsein, an Kapital und an Möglichkeiten, sich Rat und gegebenenfalls auch Unterstützung für fällige Maßnahmen zu holen. Auch hier zeigen sich, allerdings weitestgehend beschränkt auf den Dienstleistungsbereich, verstärkte Tendenzen zur Unternehmens-

-----

konzentration. In besonderem Maße gilt dies für den Einzelhandel, den Agrarsektor und die Nahrungsmittelindustrie.

Kleinunternehmen reagierten bisher praktisch noch gar nicht auf die Bildung des EG-Binnenmarktes; dies gilt selbst für die Grenzregionen zu Frankreich. Ausnahmen sind lediglich Unternehmen, die sich - wie im Einzelhandel - zu größeren Einheiten zusammenschließen oder als Vertriebspartner, Repräsentanten oder Kooperationspartner ausländischer Unternehmen tätig sind bzw. werden wollen.

Unter Berücksichtigung der positiven und negativen Faktoren sowie der aufgezeigten Entwicklungstendenzen lassen sich die Entwicklungsaussichten der wichtigsten Wirtschaftszweige nach der Vollendung des EG-Binnenmarktes etwa folgendermaßen beurteilen:

\* Eine bessere "Performance" ist in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, in den Branchen Textil und Bekleidung, Möbel, Maschinen- und Anlagenbau, in der Automobilproduktion, in der Produktion von Büromaschinen, EDV-Geräten und Telekommunikationsausrüstungen zu erwarten.

\* Demgegenüber werden sich die Chancen der Eisen- und Stahlindustrie, der Elektrotechnik, der Chemie und der Bankdienstleistungen kaum verändern.

\* Verschlechtern werden sich die Aussichten für die Papier- und Zellstoffindustrie sowie für die Versicherungswirtschaft.

So unterschiedlich sich die seit 1986 laufende Integration der spanischen Wirtschaft in die EG und die Vorbereitungen auf den EG-Binnenmarkt auf die verschiedenen Branchen auswirken werden: Die Integration hat dem strukturellen Wandel und dem Umbruch zur Industrienation kräftige Schubkraft verliehen, gestützt auf eine adäquate Wirtschaftspolitik und stimuliert durch die lebhafteste Investitionstätigkeit ausländischer Anleger. Zwar ist der Nachholbedarf gegenüber den anderen westeuropäischen Industrieländern noch erheblich, und die Fortschritte auf dem Wege zu einer modernen, im Inneren wie nach außen offenen Volkswirtschaft sind in mancher Hinsicht noch immer unbefriedigend. Aber aller Voraussicht nach wird Spanien seine konjunkturelle und strukturelle Dynamik auch mittelfristig erhalten, seinen Entwicklungs-

stand dem westeuropäischen Durchschnitt weiter annähern und auf längere Sicht seine Integration in die EG zufriedenstellend bewerk-

stelligen können. Als Kunde wie als Lieferant wird Spanien im EG-Binnenmarkt eine wichtige Stelle besetzen.

### Statistischer Anhang

Bevölkerung (1988): 39 Millionen; Bevölkerungswachstum im Durchschnitt der Jahre 1983/88 0,4% p.a.

Beschäftigung (1988): 11,8 Millionen (ohne die umfängliche Schattenwirtschaft); hiervon arbeiteten in der Landwirtschaft 14,4%, in der Industrie 23,8 %, in der Bauwirtschaft 8,7% und im Dienstleistungssektor 53,1%.

Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu laufenden Preisen und Wechselkursen (1988): 340 Mrd. \$. Hiervon entfielen auf die Landwirtschaft 5%, auf die Industrie 30%, die Bauwirtschaft % und den Dienstleistungssektor 58%.

### Veränderungsraten wichtiger volkswirtschaftlicher Komponenten in %

	1986	1987	1988	1989
Bruttoinlandsprodukt real	3,3	5,5	5,0	4,5
Privater Verbrauch real	3,6	5,5	4,6	4,8
Staatsverbrauch real	5,7	8,7	5,0	4,3
Bruttoanlageinvestitionen real	10,0	14,0	14,0	13,9
Export (Güter; Dienste) real	1,3	5,9	6,3	5,8
Import (Güter; Dienste) real	16,5	20,4	15,2	15,0
Industrieproduktion	3,0	4,4	4,0	4,3
Konsumentenpreise	8,8	5,3	4,8	6,8
Zahl der Beschäftigten	1,9	3,0	2,9	3,5
Arbeitslosenquote	21,0	20,5	19,5	17,6
Löhne	8,3	7,5	6,5	8,0
Finanzierungssaldo des Staates (% des BIP)	-6,1	-3,6	-3,2	-2,5
Leistungsbilanz (Saldo Mrd.\$)	4,1	0,0	-3,7	-10,7
Währungsreserven (Mrd. \$; Jahresende/August 1989)	16,0	30,2	39,9	46,3
Auslandsverbindlichkeiten (Mrd. \$, Jahresende/Mai 1989)	24,1	30,1	32,7	30,9